

15. Juni 2022

Projektleitung: Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget

unter Mitarbeit von: Fabian Eble, Johannes Gaul, Christopher Karlsson, Tobias Kreuz, Yuhan Liu, Thomas Simon & Samhitha Srinivas
Universität Mannheim

TRR 266 Accounting for Transparency
www.accounting-for-transparency.de
www.gbpanel.org

Die Daten des German Business Panel zeigen im Mai eine Stabilisierung der unternehmerischen Umsätze, Gewinne sowie Investitionen. Belastet wird die betriebswirtschaftliche Situation jedoch durch den anhaltenden Kostendruck, den die Unternehmen über weitere Erhöhungen ihrer eigenen Preise an die Kunden weitergeben. Aktuell geben drei von vier Unternehmen an, ihre Preise in den kommenden zwölf Monaten erhöhen zu wollen. Die Neigung zu Preisanpassungen ist mit 86 % im Einzelhandel am höchsten. Preise werden außerdem stark erhöht, wenn Unternehmen besonders durch Energiekosten oder Lieferkettenprobleme belastet werden und zusätzliche finanzielle Lasten im Zuge eines möglichen Gas-Embargos erwarten. Dies spiegelt sich in einer gesunkenen Zustimmung für ein Gas-Embargo wider.

Die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen stabilisieren sich im Mai

Nachdem die betriebswirtschaftlichen Erwartungen von Unternehmen in Deutschland unmittelbar nach Kriegsausbruch in der Ukraine eingebrochen sind, scheint der Abwärtstrend zunächst aufgehalten. Gegenüber dem Tiefpunkt der Werte Mitte April stabilisiert sich die Entwicklung aller Indikatoren zuletzt und weist sogar eine leicht steigende Tendenz auf. Wie **Abbildung 1** verdeutlicht, rechnen Unternehmen in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr mit einem Wachstum der Umsätze und Investitionen von 8 bzw. 2 % (gegenüber 3,1 bzw. -2,1 % im April) und einem Rückgang der Gewinne um -2,8 % (gegenüber -6,6 % im April).

Der Anteil an preiserhöhenden Unternehmen erreicht einen Höchstwert

Belastet wird die betriebswirtschaftliche Situation indes durch den anhaltenden Kostendruck. Diesen Kostendruck geben Unternehmen zunehmend an ihre Kunden weiter. **Abbildung 2** verdeutlicht, dass der Anteil an Unternehmen, die innerhalb der folgenden zwölf Monate Preiserhöhungen planen, zuletzt einen Aufzeichnungshöchststand erreicht hat.

Obwohl sich das Preisniveau schon seit Jahresbeginn deutlich erhöht hat, geben aktuell 76 % der Unternehmen an, ihre Preise weiter erhöhen zu wollen (gegenüber 60 % im August 2021). Demgegenüber planen zuletzt lediglich 4,3 % der Unternehmen ihre Preise zu senken. Eine kurzfristige Entspannung der Preislage scheint somit nicht in Sicht.

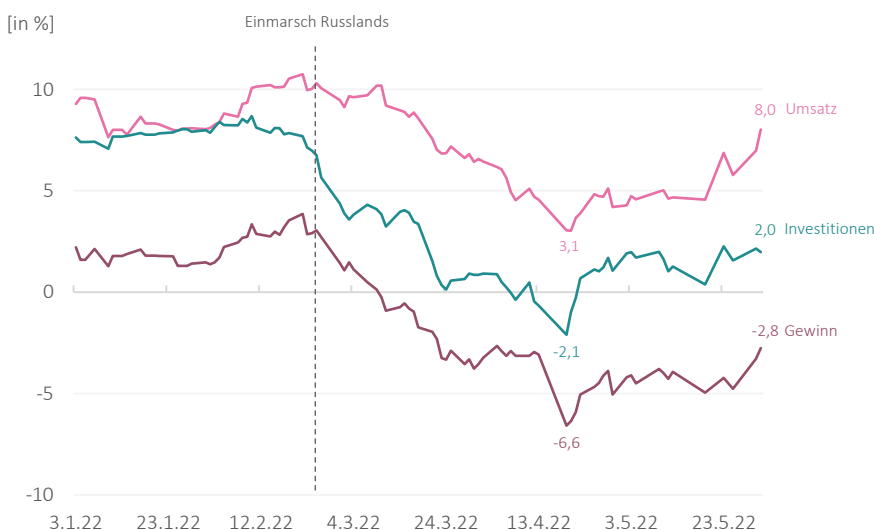


Abbildung 1

Entwicklung der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen seit Jahresbeginn

Nach dem starken Rückgang der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen infolge des Kriegsausbruchs in der Ukraine, stabilisieren sich die unternehmerischen Umsätze, Gewinne und Investitionen im Mai. Gegenüber dem Tiefpunkt der Indikatoren, der Mitte April erfasst wurde, ist zuletzt sogar ein leichter Anstieg der Kennzahlen zu verzeichnen.

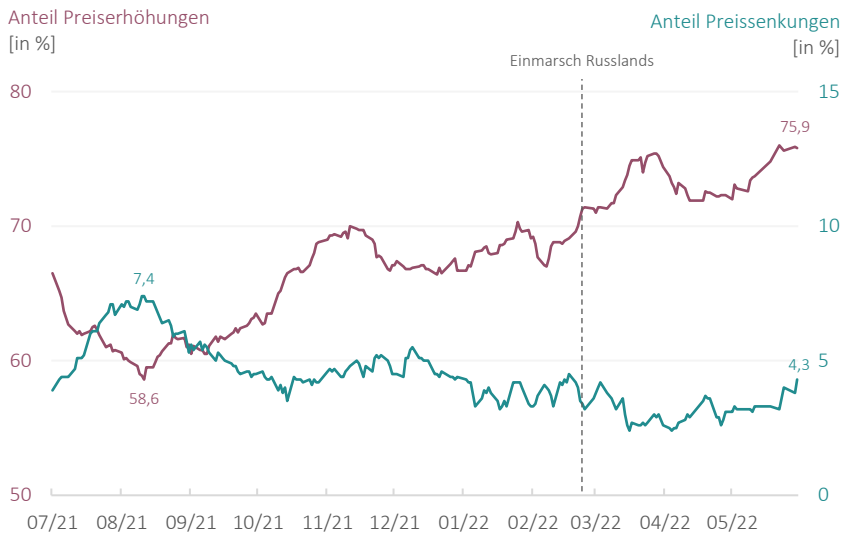


Abbildung 2

So viele Unternehmen wie nie planen Preiserhöhungen

Die Darstellung verdeutlicht die Entwicklung der unternehmerischen Preisplanung seit Juli 2021. Trotz eines Anstiegs des Preisniveaus seit Jahresbeginn 2022 erreicht der Anteil preiserhöhender Unternehmen mit 76 % zuletzt einen Höchstwert, während weniger als 5 % der Unternehmen ihre Preise in den folgenden zwölf Monaten senken wollen.

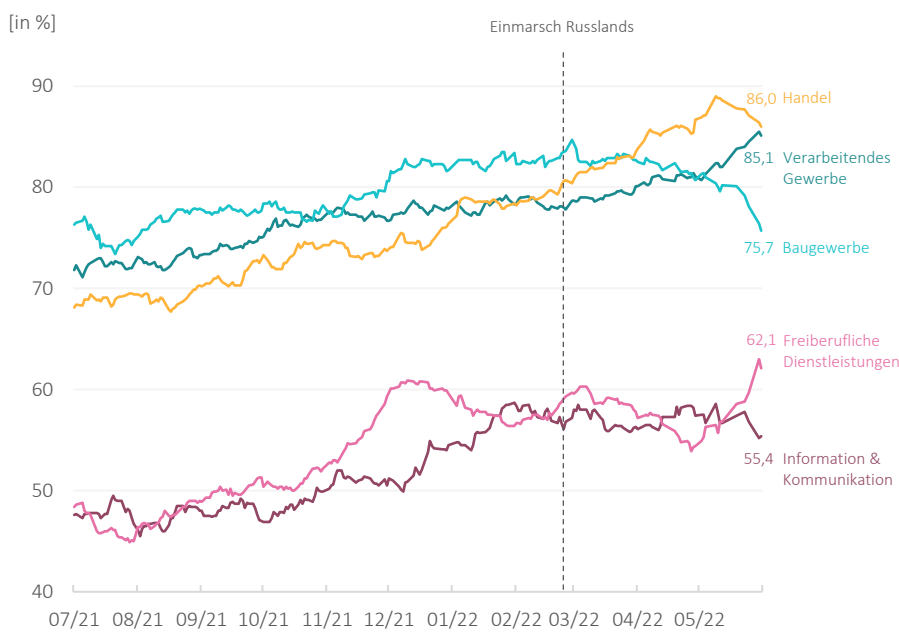


Abbildung 3

Besonders viele Einzelhändler erhöhen die Preise

Die Abbildung zeigt den Anteil preiserhöhender Unternehmen in einzelnen Industrien. Während die Neigung zu weiteren Preissteigerungen im Handel und im Verarbeitenden Gewerbe besonders hoch ist, ging der Anteil an Unternehmen, die innerhalb der kommenden zwölf Monate Preiserhöhungen planen, im Baugewerbe etwas zurück und liegt jetzt etwa auf dem Niveau des deutschlandweiten Durchschnitts (siehe Abb. 2).



Abbildung 4

Energiekosten und Lieferprobleme erklären die meisten Preiserhöhungen

Die Abbildung stellt die Neigung zu Preissteigerungen dar – abhängig davon, ob Unternehmen infolge des Kriegs in der Ukraine finanzielle Belastungen tragen. Während nur 48,5 % der Unternehmen ohne solche Belastungen Preise erhöhen möchten, gilt dies für 73 % der Befragten, die durch steigende Energiekosten belastet werden. Im blauen, horizontalen Intervall liegt der Anteil preiserhöhender Unternehmen, welche von der jeweiligen Belastung betroffen sind, mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 %.

Abbildung 5

Beeinflusst ein potenzielles Gas-Embargo die Preisplanung von Unternehmen?

Die Abbildung verdeutlicht, dass Preisentscheidungen mit der betrieblichen Bedeutung von Erdgas zusammenhängen. Wird Gas direkt in der Produktion oder entlang der Lieferkette eingesetzt, liegt der Anteil an preiserhöhenden Unternehmen bei überdurchschnittlichen 80 %. Dieser Anteil steigt leicht darüber hinaus, wenn Unternehmen nur langsam auf mögliche Rationierungen von Erdgaslieferungen reagieren können.

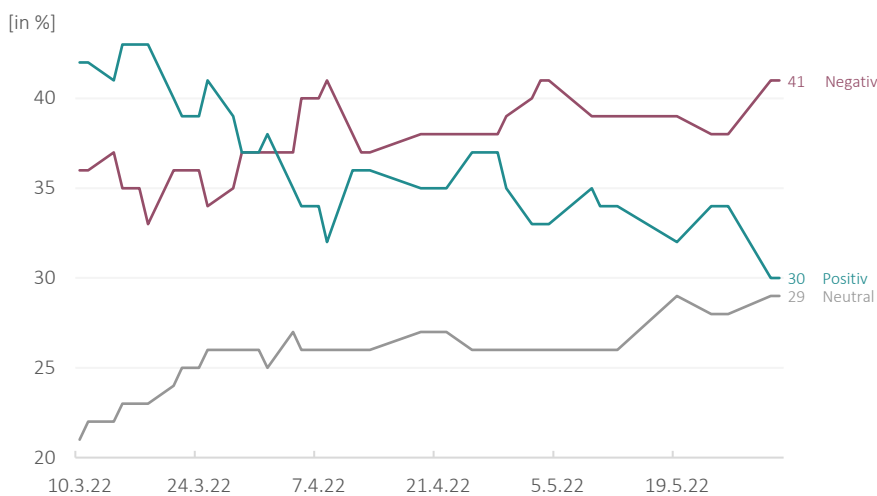
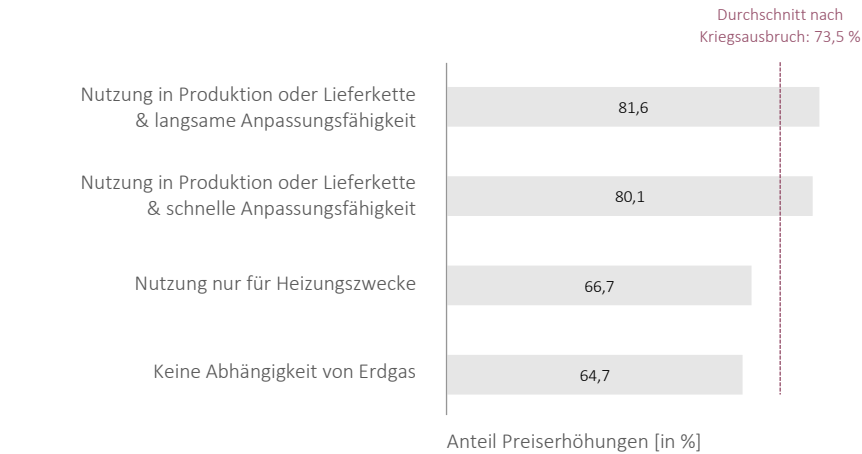


Abbildung 6

Bewertung eines Gas-Embargos im Zeitverlauf

Die Abbildung zeigt, wie Unternehmen in Deutschland ein Gas-Embargo bewerten. Es wird deutlich: Der Anteil an Unternehmen, die ein solches Embargo befürworten, ist seit Kriegsausbruch zurückgegangen. Der Anteil neutraler und negativer Bewertungen hingegen hat sich im Vergleich zum März deutlich erhöht.

Die Tendenz zu Preiserhöhungen ist im Handel und Verarbeitenden Gewerbe besonders hoch

Wie hoch die Neigung zu Preiserhöhungen in einzelnen Wirtschaftszweigen ist, schlüsselt **Abbildung 3** auf. Im Zeitverlauf wird zunächst deutlich, dass der Anteil preiserhöhender Unternehmen im Dienstleistungssektor (zuletzt 62 %) und im Bereich der Kommunikation und Information (zuletzt 55 %) durchgängig unter dem Gesamtdurchschnitt liegt.

Im Bau- und Verarbeitenden Gewerbe sowie im Handel ist demgegenüber der Anteil an Unternehmen, die ihre Preise erhöhen, überdurchschnittlich hoch. Trotz eines kontinuierlichen Anstiegs des Anteils preiserhöhender Unternehmen seit Juli 2021 ist im Baugewerbe zuletzt eine rückläufige Tendenz in Bezug auf Preiserhöhungen zu beobachten. Aufgrund steigender Zinsen können höhere Finanzierungskosten hier aktuell zu einer geringeren Nachfrage führen und die Preise drücken. Eine solche abflachende Entwicklung ist im Handel und Verarbeitenden Gewerbe nicht zu verzeichnen. In diesen Wirtschaftszweigen geben zuletzt jeweils mehr als 85 % der Unternehmen (gegenüber 76 % im Gesamtdurchschnitt) an, ihre Preise in den kommenden zwölf Monaten anzuheben.

Steigende Energiekosten sind ein signifikanter Preistreiber

Doch welche Faktoren beeinflussen die Preisentscheidungen von Unternehmen konkret? **Abbildung 4** schlüsselt auf, ob die Planung von Preiserhöhungen mit finanziellen Belastungen, die Unternehmen im Zuge des Kriegs in der Ukraine erfahren, zusammenhängt. Die Analyse verdeutlicht, dass vor allem steigende Energiekosten einen bedeutenden Preistreiber darstellen. Während nur 48,5 % der Unternehmen, die nicht oder nur indirekt durch die Folgen des Kriegs beeinflusst sind, planen, Preise anzuheben, gilt dies bei Unternehmen mit steigenden Energiekosten für 73 %.

Auch Störungen der Lieferketten erhöhen die Wahrscheinlichkeit für Preiserhöhungen um etwa 10 Prozentpunkte. Wenn Unternehmen durch Beeinträchtigungen der Geschäfte in Russland und der Ukraine belastet werden, steigt die Neigung zu Preiserhöhungen um 8 Prozentpunkte. Diese Angaben beziehen sich lediglich auf den Einfluss *einzelner* Belastungen. Leidet ein Unternehmen unter *mehreren* solcher Belastungen, kann sich die Wahrscheinlichkeit für Preiserhöhungen weiter erhöhen.

Erwartungen über Gas-Belastungen schlagen sich in Preisentscheidungen nieder

Dass auch Erwartungen in Bezug auf ein mögliches Gas-Embargo gegenüber Russland die betriebliche Preisplanung beeinflussen, zeigt sich in **Abbildung 5**. Demnach planen Unternehmen, die Erdgas direkt in der eigenen Produktion oder entlang der Lieferkette einsetzen, ihre Preise deutlich häufiger zu erhöhen als Unternehmen, die nicht auf Erdgas-lieferungen angewiesen sind oder diesen Rohstoff lediglich für Heizzwecke nutzen. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass Unternehmen mit einer hohen Abhängigkeit von Rohstoffen aus Russland bereits jetzt, d. h. ohne konkrete Beschlüsse in Bezug auf ein mögliches Gas-Embargo, mit einer Anpassung ihrer betriebswirtschaftlichen Planung reagieren.

Zuletzt sind die Zustimmungswerte für ein Gas-Embargo gesunken

Belastungen im Zuge der Sanktionen gegen Russland könnten auch ein Grund dafür sein, warum die Zustimmungswerte für ein Gas-Embargo unter deutschen Unternehmen zuletzt gesunken sind.

Abbildung 6 zeigt, dass der Anteil an Unternehmen, die ein solches Embargo neutral (zuletzt 29 %) oder negativ (zuletzt 41 %) bewerten, seit Kriegsausbruch signifikant gestiegen ist. Demgegenüber befürworten aktuell lediglich 30 % der Unternehmen ein Gas-Embargo.



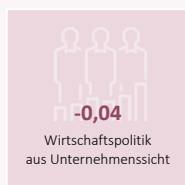
„Mitarbeiter sind nicht zu finden und Material zu knapp. So ist kein Planungsablauf mehr möglich!“

Metallbetrieb mit 18 Mitarbeitern

„Zu viel Bürokratie, lange Planungs- und Genehmigungsverfahren, geringe Digitalisierung und marode Infrastruktur behindern unser Wachstum.“

Beteiligungsgesellschaft mit 22 Mitarbeitern

Unternehmenstrends Juni



Der starke Rückgang der betriebswirtschaftlichen Erwartungen im Zuge des Kriegs in der Ukraine scheint zunächst gestoppt: Im Vergleich zum April erholt sich die Gewinnveränderungsrate im Mai um +3,77 Prozentpunkte. Trotz dieser Zugewinne liegt die Änderungsrate trotzdem noch im negativen Bereich

Obwohl sich die betriebswirtschaftlichen Indikatoren im Mai etwas erholt haben, steigt das Risiko für Unternehmensaufgaben um +0,7 Prozentpunkte. Hier spiegelt sich die hohe Unsicherheit hinsichtlich der Folgen des Ukraine-Kriegs und insbesondere der Preisentwicklung wider.

Die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik sinkt im Mai leicht um -0,04 Punkte und liegt damit nur knapp über 4 Punkten (auf der 11-Punkte-Skala).



Weitere Kennzahlen finden Sie hier:

- [Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen](#)
- [Unternehmerische Entscheidungen](#)
- [Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche](#)
- [Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik](#)

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR
TRANSPARENCY

German Business Panel

Gefördert durch



Deutsche
Forschungsgemeinschaft